

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinste
Zeile 10 Pf.

Abonnement
vierteljährlich 1 R. 20 Pf. (incl.
Illustr. Unterhaltbl.) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

N. 148.

35. Jahrgang.

Sonnabend, den 15. Dezember

1888.

Der Gemeindeexpedient

Herr Oskar Bernhard Schneider in Schönheide
ist als dritter Stellvertreter des Standesbeamten für den zusammengesezten
Standesamtsbezirk Schönheide bestellt und in Pflicht genommen worden.
Schwarzenberg, am 11. Dezember 1888.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Führ. v. Wirsing. E.

Bekanntmachung.

Bei der am 20. vorigen Monats stattgefundenen Ergänzungswahl zum
Stadtverordneten-Collegium sind folgende Herren wieder- beziehentlich neugewählt
worden:

Herr Kaufmann Karl Gottfried Dörffel,
" " Franz Adalbert Seyfert,
" " Alfred Constantin Reichsner,
" Photograph Gustav Adolf Bartholi,
" Dr. med. Wilhelm Hugo Zschau,
" Kaufmann Bernhard Julius Meißner und
" Hutmachermeister Friedrich Hermann Rau.

Da innerhalb der nach § 62 der revidirten Städteordnung gesetzten Frist
Einwendungen gegen das Wahlverfahren nicht erhoben worden sind, so sind
obige Wahlen als rechtmäßig zu betrachten und es wird demzufolge, nachdem
sämmliche Herren die Wahl angenommen haben, das Ergebnis der Wahl hier-
mit bekannt gemacht.

Eibenstock, den 12. Dezember 1888.

Der Stadtrath.

Röcher, Bürgermeister. Rl.

Bekanntmachung.

Jeder Grundstücksbesitzer in hiesiger Stadt oder dessen Stellvertreter ist
verpflichtet:

- 1) den Fußweg entlang seines Grundstückes bei eintretendem Schnee-
wetter vom Schnee, bei eintretendem Thauwetter von dem darauf
gefrorenen Schnee und Eis zu reinigen und stets im wegsamen Zu-
stande zu erhalten;

- 2) bei stattfindender Glätte zur Sicherung der Passage den Fußweg mit
Sand, Asche oder einem anderen die Glätte abstumpfenden Material
so oft und so dicht zu bestreuen, als die Bitterung dies als nöthig
erscheinen läßt; endlich

- 3) des Auswerfens des Schnees und Eises aus den Gehöften der
Grundstücke auf die Fahrstraße und öffentlichen Plätze sich zu ent-
halten, es sind vielmehr alle aus den Gehöften zu beseitigenden
Schnee- und Eismassen in den Dorfbach zu werfen.

Zu widerhandlungen werden nach § 366 sub 10 des Reichsstrafgesetzbuchs
mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder Haftstrafe bis zu 14 Tagen geahndet werden.

Bei gleicher Strafe und zugleich unter Androhung der Wegnahme der
Schlitten und Schlittschuhe wird hiermit wiederholt das **Ausfahren** und **Schlitt-
schuhfahren** innerhalb der Straßen und Wege hiesiger Stadt verboten.

Eibenstock, den 13. Dezember 1888.

Der Stadtrath.

Röcher, Bürgermeister. Rl.

Mit Ende dieses Jahres läuft die gegenwärtige Wahlperiode der dem Ge-
meinderathe als Ausschusspersonen angehörenden Herren **Heyne, Höhl,
Mökel** und **Christian Unger** ab und macht sich daher die Neuwahl

**einer Ausschussperson aus der Classe der Gutbesitzer,
zweier Ausschusspersonen aus der Classe der Hausbesitzer,
einer Ausschussperson aus der Classe der Unanfässigen**

erforderlich.

Außerdem sind **sechs Ersatzmänner** zu wählen, von welchen je zwei
den drei verschiedenen Classen angehören müssen.

Unter Hinweis auf die in Nr. 145 dieses Blattes abgedruckten ortstatutar-
ischen Bestimmungen wird hierdurch nochmals bekannt gemacht, daß die erwähnten
Ergänzungswahlen

Montag, den 17. Dezember 1888,

Vorm. 10 bis Nachm. 1 Uhr für die Classe der **Ananfässigen,**

Nachm. 4 bis 7 Uhr für die Classe der **Unanfässigen**

im Speisezimmer der hiesigen Rathhauswirthschaft stattfinden sollen.

Schönheide, am 10. Dezember 1888.

Der Gemeinderath.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Welches Vertrauen in die
Politik der Reichsregierung die auswärtigen
Mächte bekunden, ist in Thronreden zwar wiederholt
schon angedeutet worden; allein schon diese Andeu-
tungen beziehen sich zunächst auf die auswärtige Po-
litik der Reichsregierung, deren auf Erhaltung des
Weltfriedens gerichtete Tendenz der Sympathie der
fremden Staaten überall begegnet und sich als das
beste Unterpfand der Ruhe in Europa bewährt hat.
Weniger bekannt dürfte sein, daß die politische Weis-
heit des Reichskanzlers sich bei fremden Staaten auch
in solchen Dingen, welche zur auswärtigen Politik
oder der Erhaltung des Friedens keinerlei Bezug
haben, einer Anerkennung bis zu dem Grade erfreut,
daß sich die auswärtigen Regierungen in den ver-
schiedensten Fragen, bevor sie zu denselben Stellung
nehmen, bei unserm auswärtigen Amte vertraulichen
Rath erholen. Daß dies nicht nur in vereinzelten
Fällen geschieht, geht aus der Thatsache hervor, daß
diese vertraulichen Anfragen sehr erheblich zur Ver-
mehrung der Geschäftslast des auswärtigen Amtes
beigetragen haben — ein Vorgang, welcher in der
politischen Geschichte Deutschlands ohne Beispiel da-
steht, und wohl eines der sprechendsten Zeugnisse des
europäischen Ansehens der deutschen Politik und des
höchsten Vertrauens in die Weisheit ihrer Gedanken
und Rathschläge bildet. Es bedarf, schreibt die „St.-
Corr.“, keines Hinweises darauf, wem dieser Erfolg
deutscher Staatskunst in erster Linie zu danken ist;
die Adresse der vertraulichen Anfragen lautet seit
einem Vierteljahrhundert an das Auswärtige Amt:
v. Bismarck. Aber es ist vielleicht am Plage, diese
Thatsache in einem Augenblicke hervorzuheben, wo
die Reichsregierung einem möglichst einmüthigen Ver-
trauens-Votum des Reichstages entgegensteht, um ent-
scheidende Maßnahmen zu treffen in einer Frage,
welche Deutschlands Ansehen, Macht und wirtschaft-
liche Entwicklung so sehr berührt, wie die kolonial-
politische.

— Einige Zeit vor der Berufung des Reichstages
war, wie erinnerlich, der Gedanke einer Civilliste
des Deutschen Kaisers, welche bisher bekanntlich
nicht existirt, angeregt und lebhaft besprochen worden.
In Reichstagskreisen hat man, wie der „Hbg. Corr.“
meldet, vielfach diese Anregung sympathisch begrüßt
und die Forderung durchaus gerechtfertigt gefunden.
Es haben nach verschiedenen Richtungen hin Bemü-
hungen stattgefunden, um dem Gedanken greifbare
Form zu geben. Man hat sich indessen überzeugt,
daß aus Reichsmitteln eine Verwirklichung nicht zu
ermöglichen ist; doch scheint es, daß man nach anderer
Richtung der Frage selbst näher treten dürfte.

— Zum Aufenthalt von Franzosen in
Deutschland. Die in Deutschland sich niederlassen-
den oder hier auch nur reisenden französischen Bürger
sind auf Anordnung der maßgebenden Behörden in
neuerer Zeit einer ganz besonderen polizeilichen
Kontrolle unterzogen worden. Wo sie auftauchen,
werden sie polizeilich überwacht, und vor allen Dingen
wird festgestellt, welchen Zweck ihr Aufenthalt in
Deutschland verfolgt, wie es mit ihren Subsistenz-
mitteln steht u. dgl. Handelt es sich um Offiziere, so
muß sofort die Centralbehörde von ihrer Anwesenheit
in Kenntniß gesetzt werden, und es erfolgt dann zumeist
die höfliche Aufforderung zum Verlassen des deutschen
Territoriums. Betreffs der französischen Offiziere ist
allen Polizeibehörden die größte Wachsamkeit dringend
anempfohlen. Ihre Ausweisung erfolgt jetzt regelmäßig,
wenn nicht ganz besondere Gründe vorliegen, welche
den Aufenthalt hinlänglich rechtfertigen. In Zusam-
menhang mit dieser für unsere Beziehungen mit
Frankreich symptomatischen Instruction stand auch die
jüngst mitgetheilte Abwehr-Note der „Norddeutschen
Allgemeinen Zeitung“, worin den französischen Militärs
der Rath ertheilt wird, sich ein für alle Mal von
Deutschland fern zu halten.

— Eine Veröffentlichung diplomatischer
Geheimakten steht in Sicht. Der offiziöse Tele-
graph verbreitet den Inhalt eines Artikels des „Hbg.
Corr.“, der in einer Polemik gegen deutsch-feind-

liche Auslassungen der russischen Presse,
die in einer Verdächtigung der deutschen Stellung den
österreichisch-russischen Interessen gegenüber gipfeln,
die Veröffentlichung der russisch-österreichischen Ver-
träge in Aussicht stellt, welche den deutsch-österreich-
ischen Verträgen vorausgingen. Der Inhalt dieses
Artikels sowohl als auch der Umstand, daß das Wolf-
sche Telegraphen-Bureau ihn verbreitet, deuten auf
den Fürsten Bismarck als Urheber desselben hin, der
einzig in der Lage sein dürfte, diese Drohung wahr-
zumachen und erfahrungsgemäß mit der Veröffentlichung
staatlicher Aktenstücke nicht zurückhält, wenn eine
scharfe Abwehr ihm nöthig erscheint. Das erwähnte
Telegramm lautet: Hamburg, 13. Dezember. Der
„Hamburgische Korrespondent“ wendet sich gegen die
deutschfeindlichen Artikel der russischen Presse, speziell
gegen die unwahren Behauptungen der „Moskauer
Zeitung“, Deutschland begnüge sich nicht mit den Re-
sultaten von 1864, 1866 und 1870 und versuche nach
Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses seinen
Bundesgenossen dadurch zu entschädigen, daß es Oester-
reichs Politik auf der Balkanhalbinsel zu Ungunsten
Russlands unterstütze. Der „Hamburgische Korrespon-
dent“ konstatiert alsdann, die Grundlagen der öster-
reichischen Politik des Orients beruhten auf direkten
Abmachungen zwischen Oesterreich und Rußland und
auf Verhandlungen, die zwischen beiden von Juli
1876 bis Januar 1877 gepflogen wurden, während
das deutsch-österreichische Bündniß erst seit drei Jahren
bestehe, und später in Folge direkter russischer Bedroh-
ungen zum Abschluß gekommen sei. Durch die fort-
gesetzten Provokationen seitens der russischen Presse
würde die deutsche, auf eine harte Probe gestellte Ge-
duld endlich reifen, und im Interesse der historischen
Wahrheit zur Veröffentlichung der Deutschland ohne
Zweifel bekannten, vor dem russisch-türkischen Kriege
abgeschlossenen russisch-österreichischen Verträge führen.

Locale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 14. Dezbr. Aus den amtlichen
Mittheilungen des hiesigen Stadtraths wird unsern